Auszug aus: “Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren.” Seiten 289 – 312:

Sehr viele Menschen machen sich Sorgen um die Staatsverschuldung – vor dem Hintergrund der Geschichte unseres Landes mit Inflation und Währungsreform sehr verständliche Sorgen. Deshalb ist Sparen in Deutschland eine ernsthafte und populäre Angelegenheit. Das Problem jedoch ist, wie man wirklich sparen kann und wie man es schaffen könnte, von den hohen Schulden runterzukommen. Die bisherigen Versuche jedenfalls waren nicht erfolgreich. Dabei fehlt es nicht am guten Willen, eher schon am Verständnis dafür, wie man in einer Volkswirtschaft sparen kann. Das geht, jedenfalls wenn man es richtig anpackt. Auch Deutschland kann, wenn die richtige Wirtschaftspolitik gemacht wird, seine Schulden wieder abbauen. Es gibt keinen Grund zur Panik.
Viele ziehen eine direkte Verbindung zwischen Staatstätigkeit und Ausbau des Sozialstaats einerseits und zum Stand der Schulden andererseits. Diese Beziehung ist nicht zwangsläufig so. Wer glaubt, an den hohen Staatsschulden sei der Sozialstaat schuld, macht es sich zu einfach. Die soziale Sicherung gegen die Risiken des Lebens kann hocheffizient sein und um vieles sicherer als sich auf die Eigenverantwortung zu verlassen. Viele Probleme unseres Landes, gerade beim Zusammenwachsen der sehr uneinheitlichen Teile Deutschlands, sind ohne Solidarität ohnehin nicht zu lösen.
Was soll staatlich organisiert werden und was privat? Ist Deregulierung angesagt oder brauchen wir gelegentlich sogar mehr Regeln? Sollen staatliche Unternehmen weiter privatisiert werden? Das sind Fragen, die man nicht mit vorgefertigten Ideologien beantworten kann. Wir müssen uns angewöhnen, die Antworten auf solche Fragen ohne Scheuklappen und Vorurteile zu optimieren.
Bei den heute so gängigen Reformdebatten werden die Kosten der deutschen Einheit in der Regel nicht als ein Faktor, der unsere volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit belastet, in Rechnung gestellt. Was einheitsbedingt ist – etwa der Anstieg der Schuldenquote oder der Sozialabgabenquote oder der Nettokreditaufnahme –, wird in vielen Debatten der Sozialstaatlichkeit zugeschrieben. Wir beobachten so den erstaunlichen Vorgang, dass die deutsche Einheit und ihre Folgekosten benutzt werden, um das Sozialstaatsversprechen des Grundgesetzes zu unterwandern und auszuhöhlen. Auch dieser Versuch gründet auf Denkfehlern, auf Lügen und Legenden. Sie werden in den folgenden Kapiteln analysiert.

Denkfehler 30: »Wir sind überschuldet.«

Variation zum Thema:

»Das geht zu Lasten unserer Kinder.«

Dass viele Menschen Sorge haben, der Staat sei überschuldet, und dass sie das bedrückt, das kann man sehr gut verstehen, zumal in Deutschland. Die Erinnerung an Inflation und Staatsverschuldung in den zwanziger und dreißiger Jahren ist noch nicht aus den Köpfen. Die überlieferte Sorge wird wachgehalten, und dagegen wäre auch nichts zu sagen, wenn damit nicht ganz bewusst Ängste geschürt würden.
Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte betrug 2003 etwas mehr als 1,3 Billionen Euro. Die Einordnung und Bewertung dieser dramatisch erscheinenden Zahl ist nicht einfach. Dazu einige relevante Fakten und Argumente.

Vorübergehend Schulden zu machen kann sinnvoll sein

Selbstverständlich wäre es am besten, der Staat, also Bund, Länder, Gemeinden und die öffentlichen Einrichtungen und Körperschaften, hätte keine oder wenige Schulden. An drei Beobachtungen wird jedoch sichtbar, dass sich dieses Vorhaben nicht immer realisieren lässt und dass es kein Drama ist, wenn staatliche Stellen vorübergehend Schulden machen:

1. Wenn die Konjunktur einbricht, wie in den siebziger Jahren wegen der Ölpreisexplosionen oder wie in den achtziger und neunziger Jahren wegen einer falschen Konjunkturpolitik, dann macht es Sinn, vorübergehend Schulden zu machen. Volkswirtschaftlich betrachtet kann es nämlich sinnvoll sein, Schulden zu machen, um am Ende weniger Schulden zu haben. Dieser Zusammenhang wird in Denkfehler Nr. 31 (siehe S. 305) ausführlich erläutert. Diejenigen, die darauf hinweisen, dass die Schulden dann in guten Zeiten aber wieder abgebaut werden sollten, haben recht. Nur hatten wir in den letzten zwanzig Jahren solche guten Zeiten (im Sinne ausreichender Beschäftigung unserer Volkswirtschaft) nicht.
2. Auch in einer Demokratie ist es möglich, dass über einen längeren Zeitraum hinweg dringliche Probleme nicht erkannt werden. Wenn sie dann wahrgenommen werden, besteht hoher Investitionsbedarf. So wurde in den fünfziger und sechziger Jahren beispielsweise die Bildung und Ausbildung der Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen vernachlässigt. Sie hatten kaum Chancen, weiterführende Schulen und Universitäten zu besuchen. Damit hat der Staat Geld gespart. In den Sechzigern hat man aber gemerkt, dass der Staat zweckmäßigerweise in Schulen, in Lehrern und in Hochschulen investiert, um Begabungsreserven zu mobilisieren. Es macht in einer solchen Situation Sinn zu investieren, diese Investitionen teilweise auch mit Schulden zu bezahlen und diese später wieder zurückzuzahlen. Unter Beteiligung aller Generationen. Das gleiche gilt für die lange Zeit nicht entdeckte Problematik des Umweltschutzes. Ein praktisches Beispiel: Ende der sechziger Jahre drohte der Bodensee »umzukippen«. Dann wurde rund um den ganzen See in Kläranlagen investiert. Heute versorgt er Stuttgart und andere Städte in Schwaben mit sauberem

Wasser und ist zugleich ein Kleinod für Erholungssuchende. Die Kläranlagen, die Wasserleitungssysteme und Energiesparsysteme, in die vor allem anfangs der siebzigiger Jahre investiert worden ist, konnte man zu Recht teilweise auf Pump finanzieren. Sie kommen späteren Generationen genauso zugute wie die Investitionen in Universitäten und andere Bildungseinrichtungen.
Auch wenn eine Gesellschaft neu entdeckt, dass sie in Verkehrsinfrastruktur wie etwa die öffentlichen Nahverkehrssysteme oder die Schnellstrecken der Deutschen Bahn investieren muss, kann man diese Ausgaben nicht nur der gerade lebenden, arbeitenden und Steuern zahlenden Generation anlasten. Das ist auch früher beim Bau von U-Bahn-Systemen, dem Aufbau eines Schienennetzes oder dem Bau des Suez-Kanals nicht anders gewesen.

3. Der dritte Hinweis gilt den Kosten der deutschen Vereinigung. Diese Kosten sind hoch – rund 83 Milliarden Euro an Transferleistungen waren allein 2003 fällig. Parallel dazu stiegen die Schulden des Staates (siehe Abbildung 12).

Abbildung 12: Jährlicher Anstieg der Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte (in Milliarden Euro) in den Jahren um die Wiedervereinigung